

Niederschrift

über die 1. Sitzung des Ausschusses für öffentliche Einrichtungen der Stadt Wyk auf Föhr
am Dienstag, dem 05.11.2013, im Sitzungssaal der Amtsverwaltung.

Anwesend sind:

Dauer der Sitzung: 18:00 Uhr - 19:25 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Erland Christiansen
Herr Raymond Eighteen
Herr Holger Frädrich
Frau Sabine Gilleßen
Herr Dirk Hartmann
Herr Klaus Herpich
Herr Ulrich Herr
Herr Hans-Jürgen Lauchardt
Herr Michael Lorenzen
Herr Peter Potthoff-Sewing
Herr Volker Stoffel

für Jürgen Huß
Vorsitzender

zusätzlich anwesend

Herr Heinz Lorenzen
Herr Paul Raffelhüschen
Herr Eberhard Schaefer

von der Verwaltung

Herr Marco Christiansen
Herr Jörg Michelsen

Schriftführer

Seniorenbeirat

Herr Volker Kahl

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jürgen Huß

stellv. Vorsitzender

Tagesordnung:

- 1 . Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 . Verpflichtung der bürgerlichen Mitglieder gemäß § 46 Abs. 6 GO
- 3 . Anträge zur Tagesordnung
- 4 . Beschlussfassung über die nichtöffentliche Beratung von Tagesordnungspunkten
- 5 . Einwendungen gegen die Niederschrift über die 10. Sitzung (öffentlicher Teil)
- 6 . Einwohnerfragestunde
- 7 . Fahrzeugbeschaffung für die Freiwillige Feuerwehr Wyk auf Föhr
-Sachdarstellung durch Bürgermeister Paul Raffelhüschen
- 8 . Haushalt der Stadt Wyk auf Föhr 2014
-Anlage
- 9 . Verkehrssituation Gartenstraße/Rungholtstraße - Bürgeranliegen
-Anlage
- 10 . Verschiedenes

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt das Gremium, die Vertretung des Seniorenbeirates, die anwesende Bürgerschaft sowie die Vertreterin der Presse und eröffnet die 1. Sitzung des Ausschusses für öffentliche Einrichtungen.

Die ordnungsgemäße Einladung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

2. Verpflichtung der bürgerlichen Mitglieder gemäß § 46 Abs. 6 GO

Die Mitglieder des Ausschusses, die nicht der Stadtvertretung angehören, werden durch den Vorsitzenden durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet und in ihr Amt eingeführt.

3. Anträge zur Tagesordnung

Es werden keine Anträge zur Tagesordnung vorgebracht.

4. Beschlussfassung über die nichtöffentliche Beratung von Tagesordnungspunkten

Das Gremium beabsichtigt, sämtliche Tagesordnungspunkte öffentlich zu beraten. Einwände werden nicht erhoben.

5. Einwendungen gegen die Niederschrift über die 10. Sitzung (öffentlicher Teil)

Einwände gegen die Niederschrift über die 10. Sitzung des Ausschusses für öffentliche Einrichtungen werden nicht vorgebracht. Die Niederschrift gilt als ungeändert genehmigt.

6. Einwohnerfragestunde

Aus den Reihen der Bürgerschaft wird der Wunsch geäußert, das Ansinnen der Anlieger der Gartenstraße nochmals darzulegen.

Der Vorsitzende kommt dieser Bitte nach und übergibt das Wort.

Ein Sprecher der Anliegerschaft schildert den Werdegang der verkehrstechnischen Problematik, die nunmehr seit dem Jahr 1999 besteht. Das erhöhte Verkehrsaufkommen, so wird dargelegt, sei eine direkte Folge der damals eingeführten Badestraßenregelung. Hinzugekommen wäre ein ohnehin gesteigertes Verkehrsaufkommen, welches sich zusätzlich auf die Situation in der Gartenstraße auswirken würde. Seitens der Poli-

tik wären wiederholt Versprechungen gemacht und entsprechende Bemühungen in Aussicht gestellt worden. Tatsächliche Ergebnisse, die eine Entlastung für die Anlieger mit sich gebracht hätten, konnten allerdings nicht erzielt werden.

Seitens der Anliegerschaft wird wenig Verständnis für die bestehende Regelung aufgebracht. In diesem Zusammenhang wird dafür plädiert, die Badestraßenregelung, die seiner Zeit als Projekt initiiert wurde, aufzuheben, um auf diese Weise das Verkehrsaufkommen in der Gartenstraße zu verringern.

Anlieger der Badestraße geben allerdings zu bedenken, dass gerade der nördliche Bereich der Badestraße aufgrund der engen Bebauung nicht oder nur bedingt für den Begegnungsverkehr geeignet erscheint.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, konstatiert der Vorsitzende unter Bezugnahme auf die lange Historie der Problematik Gartenstraße, dass das Erzielen einer einvernehmlichen Lösung, bei allem Verständnis für die betroffenen Anlieger, als kaum realisierbar erscheint.

7. Fahrzeugbeschaffung für die Freiwillige Feuerwehr Wyk auf Föhr -Sachdarstellung durch Bürgermeister Paul Raffelhüschen

Der Vorsitzende übergibt das Wort an den Herrn Bürgermeister.

Der Bürgermeister verweist auf die aktuelle Beschlusslage, die sich sowohl im Feuerwehrbedarfsplan als auch in den Haushaltsansätzen niederschlägt. Der aktuelle Haushaltsentwurf weist daher eine Investitionssumme in Höhe von 400.000 € für eine Beschaffung im Bereich Brandschutz aus. Um den Haushalt zu entlasten, hat ein Abstimmungsgespräch mit der Wehführung unter der Fragestellung stattgefunden, ob ein Hinausschieben der Investition in das Jahr 2015 möglich wäre, da es sich um eine Fahrzeugersatzbeschaffung handelt.

Aus den Reihen der SPD-Fraktion wird unter Verweis auf den Feuerwehrbedarfsplan und der punktemäßigen Überrüstung, die im Jahr 2019 eintreten wird, hinterfragt, ob diese Investition als vernünftig anzusehen ist, zumal sich die Brandrisikoklasse in den Folgejahren nicht verändern wird.

Das Gremium setzt sich anschließend wiederholt kritisch mit dieser Problematik auseinander. Nach kurzer Diskussion wird fraktionsübergreifend unter Verweis auf die 10. Sitzung des Ausschusses klargestellt, dass sämtliche Gremien einstimmig der Bedarfsplanung die Zustimmung erteilen konnten. Es war und ist politischer Wille, an der Löschgruppe Boldixum nicht nur aus sozial-strukturellen Aspekten festzuhalten, sondern gleichfalls unter Beachtung einsatztaktischer Gründe unter Zuteilung eines Fahrzeuges aufrecht zu erhalten. Die nachweislich eintretende Überrüstung im Jahre 2019 ist in diesem Zusammenhang durch die Politik als vertretbar hingenommen worden.

Der Vorsitzende macht an dieser Stelle darauf aufmerksam, dass bereits seit Jahren an einer gesamtinsularen Lösung gearbeitet wird. Bedauerlicherweise würden zum jetzigen Zeitpunkt noch keine verwertbaren Fakten vorliegen. Der Bereich des abwehrenden Brandschutzes kann mittelfristig nur auf gemeindeübergreifender Ebene betrachtet werden.

Aus den Reihen der KG-Fraktion wird abschließend hinterfragt, warum ein Schieben der Investition in das Jahr 2015 überhaupt thematisiert wird.

Der Bürgermeister verweist auf die angespannte Haushaltslage und erhofft sich für das Jahr 2015 verbesserte Zuschussmöglichkeiten seitens des Kreises Nordfriesland.

Der Vorsitzende bittet die Mitglieder des Ausschusses um Handzeichen, ob dem Ansinnen, das Fahrzeug erst im Jahr 2015 zu beschaffen, gefolgt werden soll.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen (einstimmig)

Die Ersatzbeschaffung soll in das Haushaltsjahr 2015 geschoben werden. Der Mittelan-satz im Haushaltsjahr 2014 ist daher um 50 % zu reduzieren.

**8. Haushalt der Stadt Wyk auf Föhr 2014
-Anlage**

Die Verwaltung verweist auf den vorliegenden Haushaltsentwurf und bittet den Aus-schuss um Wortmeldung soweit diesbezüglich Klärungsbedarf besteht.
Zu erwähnen ist die positive Entwicklung des Gebührenaufkommens, welches über die Parkraumbewirtschaftung generiert werden konnte.
Ferner konnten die Ansätze im Bereich des Brandschutzes sparsam gestaltet werden. Ansonsten entsprechen die Ansätze denen der Vorjahre.

Nach eingehender Sichtung des Entwurfs, lässt der Vorsitzende über das Zahlenwerk abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen (einstimmig)

Der Ausschuss empfiehlt, den vorliegenden Mittelansatz dem Finanzausschuss zur wei-teren Beratung vorzulegen.

**9. Verkehrssituation Gartenstraße/Rungholtstraße - Bürgeranliegen
-Anlage**

Der Vorsitzende geht auf den eingereichten Vorschlag der Anwohnerschaft ein und bit-tet einen zusätzlich anwesenden Stadtvertreter die Historie des Problems Gartenstraße nochmals Revue passieren zu lassen.
In der Vergangenheit hat sich die Politik auf Anregung der Anwohnerschaft der Garten-straße wiederholt und intensiv mit der jetzt erneut vorliegenden Problematik befasst und diverse Lösungsansätze ins Kalkül gezogen. Diese Ansätze wurden allerdings seitens der zuständigen Verkehrsbehörde sehr skeptisch betrachten, was im Ergebnis dazu geführt hat, dass an der bestehenden Regelung festgehalten wurde.

Im Rahmen eines regen Meinungsaustausches wird auch seitens einiger Mitglieder die Sinnhaftigkeit der bestehenden Verkehrsführung in Zweifel gezogen. Es sein angezeigt, verschiedene Modelle zu eruieren und deren Durchführbarkeit –auch über Befristungen- zu überprüfen.

Aus den Reihen der Grünen wird angeregt, die Zulässigkeit des Befahrens von Stra-ßenzügen über eine Gewichtsbeschränkung vorzunehmen. Tatsache sei, dass das Ver-kehrsaufkommen insgesamt angestiegen wäre. Unnötige Umwege würden die Ver-kehrsbelastung weiterhin ansteigen lassen. Ein solcher Ansatz wäre z.B. für Bade- und Gartenstraße denkbar.

Seitens der SPD-Fraktion wird die Ansicht vertreten, dass auch dieser Ansatz nur ge-eignet wäre, das Aufkommen an Verkehr zu verteilen. Ziele müsse sein, dafür Sorge zu tragen, dass gar nicht erst Fahrzeuge in dieser Anzahl auf die Insel verbracht werden. Ein weiterer Ansatz wäre die Einrichtung von Anliegerstraßen, die für den regulären Durchgangsverkehr somit nicht zur Verfügung stehen würden. Der Verkehr würde aus den kleinräumigen Bereichen der Stadt weitestgehend herausgedrängt werden können,

so die Vertreterin der SPD.

Um die Verkehrsführung zu vereinfachen, wird seitens der KG-Fraktion der Vorschlag in den Raum gestellt, sämtliche Einbahnstraßenregelungen im Stadtgebiet aufzuheben, um den Verkehrsteilnehmern kürzere Wege zu ermöglichen.

Eine Verknüpfung von Gewichtsbegrenzungen mit der punktuellen Aufhebung von Einbahnstraßenregelungen wird auch seitens der SPD-Fraktion als eine realistische Alternative gesehen.

Die Verwaltung macht an dieser Stelle erneut darauf aufmerksam, dass eine Gewichtsbegrenzung nicht willkürlich erfolgen darf. Zwingende Voraussetzung ist stets, dass ein Gutachten vorhanden sein muss, aus dem hervorgeht, dass, aufgrund der Beschaffenheit der Straße, eine Reduzierung des Gewichtes geboten erscheint. Das Straßennetz der Stadt Wyk auf Föhr ist, bis auf zwei Straßenzüge, für eine Traglast von 40 Tonnen ausgelegt.

Aus den Reihen der KG-Fraktion wird auf das Projekt eagle-eye verwiesen, dessen Ergebnisse nunmehr vorliegen und seitens des Bau- und Planungsamtes zur Erstellung einer Prioritätenliste ausgewertet würden. Anhand dieser Auswertungen könnte dann auch eine mögliche Gewichtsbegrenzung in Erwägung gezogen werden. Die Aufhebung sämtlicher Einbahnstraßenregelungen wird eher skeptisch betrachtet, dass sich in vielen Straßenzügen eben diese Regelung bewährt habe. Eine Änderung in diesem Bereich könnte sich zudem, betrachtet man die Situation Feld- Gartenstraße, kontraproduktiv für die Belange der Gartenstraße auswirken.

Die Anregung, im Rahmen der Verkehrsschau die Möglichkeiten vor Ort zu eruieren, wird aufgrund von Erfahrungswerten sehr kritisch betrachtet. Es hat sich herausgestellt, dass die Verkehrsbehörde selber keine Vorschläge unterbreitet, sondern vielmehr zu vorgebrachten Vorschlägen Stellung bezieht.

Aus den Reihen der Grünen wird daher angeregt, den konkreten Vorschlag der Anliegerschaft in die Verkehrsschau einzubringen.

Diese Anregung stellt der Vorsitzende zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
 1 Enthaltung

Der Ausschuss beauftragt den Bürgermeister, das weitere Vorgehen mit der Verwaltung des Amtes abzustimmen.

10. Verschiedenes

1. Errichtung einer Querungshilfe im Bereich Fehrstieg/ Nieblumer Chaussee

Aus der KG-Fraktion wird berichtet, dass wiederholt darauf aufmerksam gemacht wurde, dass eine Querung der Kreuzungssituation Fehrstieg/ Nieblumer Chaussee mit einem erheblichen Gefahrenpotential behaftet ist. Bereits vor Jahren wurde das Thema Herrichtung einer Querungshilfe thematisiert, aber weitere Maßnahmen wurden offenkundig nicht ergriffen.

Da es sich hier um eine Landesstraße handelt, so ein weiteres KG-Mitglied, besitzt die Stadt hier keine Zuständigkeit. Allerdings stand das Land damals diesem Ansinnen nicht ablehnend gegenüber. Gleichfalls wurde aber klar zum Ausdruck gebracht, dass eine Kostenbeteiligung oder gar Kostenübernahme durch das Land Schl.-H. nicht in

Aussicht gestellt werden könnte. Diesbezüglich wurden auch mit der Gemeinde Wrixum Gespräche geführt. Eine Kostenbeteiligung der Gemeinde ist sicherlich möglich. Als realistischer Kostenansatz müssten ca. 40.000 € im Haushalt veranschlagt werden. Der Vertreter des Seniorenbeirates begrüßt die mögliche Durchführung dieser Maßnahme und regt das Aufbringen einer Markierung an. So könnte eine kostspielige Aufpflasterung vermieden werden.

Aus den Reihen der SPD wird angeregt, man möge mögliche Lösungsansätze prüfen und die jeweiligen Kosten ermitteln.

2. Bekanntmachung der Termine für die Laubabfuhr

Aus den Reihen des Gremiums wird die Bitte geäußert, die Termine der Laubsammlungen nach Möglichkeit früher bekannt zu geben.

Die Verwaltung sagt zu, diese Bitte an das Bau- und Planungsamt weiterzuleiten.

Aus der KG-Fraktion wird angeregt, die Schranke am Sauermanns-Parkplatz durch einen Parkscheinautomaten zu ersetzen.

Aus den Reihen der KG wird bemängelt, dass die Beschilderung des neu entstandenen Geh- und Radweges am Fehrstieg unzureichend sei und regelmäßig zu Irritation führen würde.

Ebenfalls aus den Reihen der KG wird gefordert, dass die Anwohner angehalten werden sollen, Hecken und Anpflanzungen auf die Grundstücksgrenze zurückzuschneiden. Im Bereich der Stadt Wyk auf Föhr gäbe es diverse Bereiche, die kaum ungehindert passierbar wären.

Aufgrund des Sturmtiefs „Christian“ hat sich gerade im Bereich des Südstrandes eine Menge an Dämmstoff in etlichen Vorgärten angesammelt. Dieses könne über das Grundstück Gmelinstraße 8 abgegeben werden. Da Dämmstoffe als Sondermüll gelten, sind diese nicht über die Restmülltonne zu entsorgen.

3. Kaiser Wilhelm-Denkmal

Aus der Bürgerschaft ist eine Anregung an die KG herangetragen worden, dass nähere Umfeld des Kaiser Wilhelm Denkmals etwas würdiger zu gestalten. So sollte das Areal freigeschnitten werden und das Parken nicht unmittelbar vor dem Denkmal möglich sein (z.B. durch das Setzen eines Pollers).

Die Verwaltung sagt zu, diese Bitte an Grün-Bau weiterzuleiten.

4. Radweg an der Ocke-Nerong-Straße

Ein Vertreter der SPD regt an, ob es nicht aufgrund der Beschaffenheit des Geh- und Radweges an der Ocke-Nerong-Straße nicht sinnvoll sei, die Radfahrer über den Holm umzuleiten.

Der Ausschuss begrüßt dieses Ansinnen.

5. Querung der L 214 Marschweg/ Gewerbegebiet

Aus den Reihen der Grünen wird angeregt, die Querung Marschweg/ Gewerbegebiet in die kommende Verkehrsschau einzubeziehen. Es handelt sich hier um keinen offiziellen Übergang, der allerdings durch seine Beschaffenheit den gegenteiligen Eindruck erweckt. Eine Querung der L 214 ist in diesem Bereich nicht ungefährlich, weil der Übergang nicht ausgeleuchtet ist.

Nach kurzem Meinungsaustausch wird angeregt, eine weitere Lampe auf der gegen-

überliegenden Seite (Zuwegung Oldenburg) installieren zu lassen.

6. Jahrmarkt

Ein Mitglied des Ausschusses gibt bekannt, dass sich, trotz des bekannten Verbotes der Ausgabe von Plastikgeschirr auf dem Jahrmarkt, drei Beschicker nicht an das Verbot gehalten hätten. Die Namen werden noch bekannt gegeben. Das Gremium bittet die Verwaltung dem nachzugehen.

Zu 1.

Der Ausschuss beauftragt den Bürgermeister, mit dem Bau- und Planungsamt in Kontakt zu treten, um mögliche Ansatzpunkte eruieren und die entstehenden Kosten ermitteln zu lassen.

Zu 4.

Der Ausschuss beauftragt den Bürgermeister, mit der Ordnungsabteilung des Amtes Föhr-Amrum Kontakt aufzunehmen und die Umsetzung dieser Anregung zu erörtern.

Ulrich Herr

Marco Christiansen